

August 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Zwei Drittel sehen Rassismus als großes Problem in Deutschland.....	3
Erfolgreiche Integration nur bei schon lange in Deutschland lebenden Zuwanderern.....	4
Große Zweifel an spürbaren Effekten des „Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes“	5
Gesundheits- und Pflegepolitik ist das Top-Thema für die Deutschen	6
Harsche Kritik an der Leistung der Bundesregierung in vielen Politikfeldern.....	7
Regierungszufriedenheit weiter im Tief	8
Politikerzufriedenheit: Maas an der Spitze, Merkel verliert leicht an Ansehen	9
Sonntagsfrage: Rekordtief für Union, Rekordhoch für AfD	11
Diskussionskultur in Deutschland: zu viele Emotionen und zu wenig Toleranz	13

ARD – DeutschlandTREND August 2018

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autorin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.008 Befragte Sonntagsfrage: 1.508 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. bis 31. Juli 2018 Sonntagsfrage: 30. Juli bis 1. August 2018	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Nach dem Rückzug Mesut Özils aus der Fußball-Nationalmannschaft wird verstärkt über das Thema Rassismus in der deutschen Gesellschaft diskutiert. Nach Ansicht von knapp zwei Drittel (64 Prozent) der deutschen Bevölkerung ist Rassismus ein sehr großes (17 Prozent) oder großes Problem (47 Prozent) in der Bundesrepublik. Die Debatte über Rassismus berührt auch die Frage, ob nach Deutschland zugewanderte Menschen gut in die Gesellschaft integriert sind. Mit Blick auf die Zuwanderer, die schon seit Jahrzehnten hier leben, fällt das Meinungsbild in der deutschen Bevölkerung mehrheitlich positiv aus. Mehr als sechs von zehn (62 Prozent) sind der Auffassung, dass die Integration dieser Migranten sehr gut bzw. gut gelungen ist. Anders die Einschätzung zu Migranten, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind: Sie sind nach Ansicht von lediglich 28 Prozent sehr gut oder eher gut integriert.

Das Bundeskabinett hat das von Gesundheitsminister Jens Spahn eingebrachte „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“ beschlossen. Mit diesem Gesetz will der Minister die Situation der Patienten verbessern. Ob damit allerdings die Lage der Betroffenen spürbar verbessert werden kann, wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung (84 Prozent) bezweifelt. Lediglich 13 Prozent glauben an einen nachhaltigen Erfolg des Gesetzes.

Die Debatte über die Asyl- und Flüchtlingspolitik in den letzten Wochen konnte zu dem Eindruck führen, es sei das zentrale Thema für die Deutschen. Der aktuelle ARD-DeutschlandTREND zeigt jedoch, dass andere Themen für die Bürgerinnen und Bürger deutlich wichtiger sind. Das sind vor allem die Gesundheitspolitik und die Pflege, die für 69 Prozent sehr wichtig sind. Die Renten- und Sozialpolitik stufen 64 Prozent als sehr wichtig ein, 55 Prozent die Innere Sicherheit, 52 Prozent die Klimapolitik. Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind es 51 Prozent. Für 39 Prozent ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik sehr wichtig, für 28 Prozent die Digitalisierung.

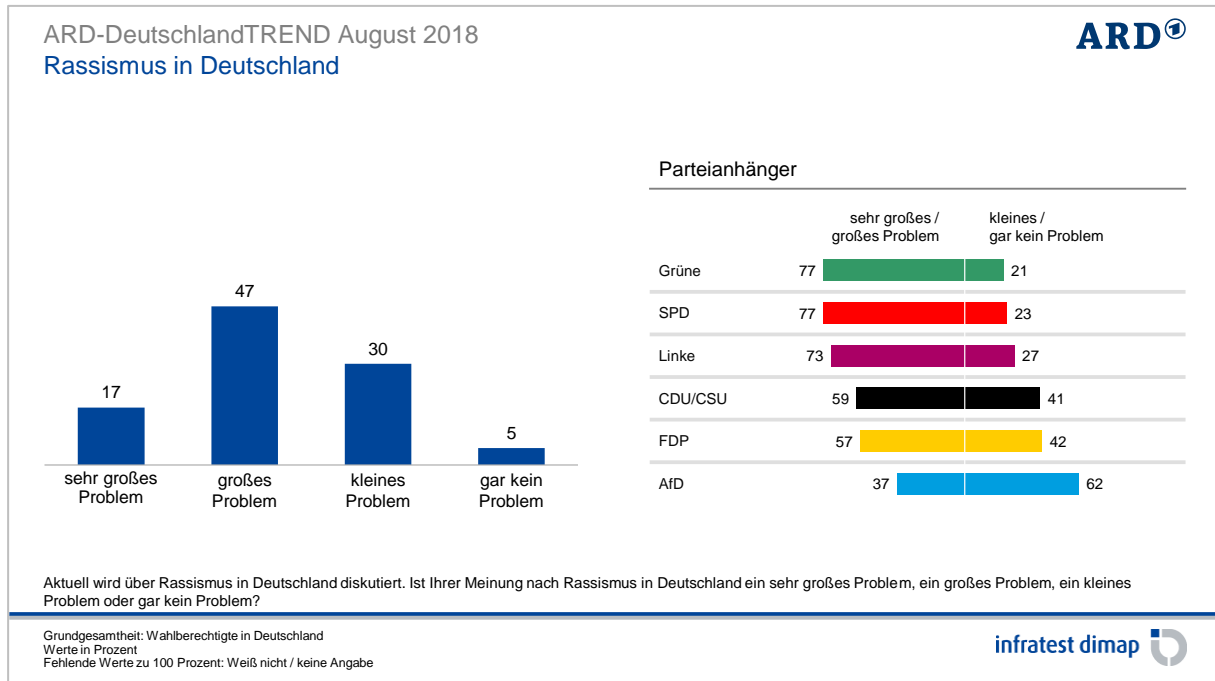
In keinem dieser Politikfelder vermag die Bundesregierung eine Mehrheit der Bevölkerung mit ihren bisherigen Anstrengungen zu überzeugen. Noch am besten wird die Arbeit des Berliner Kabinetts in Sachen Innere Sicherheit, auf Rang drei der Prioritätenliste, bewertet (47 Prozent zufrieden, 50 Prozent unzufrieden). In allen anderen abgefragten Politikfeldern überwiegt die kritische Bewertung der Regierungsleistungen teils sehr deutlich. Dies gilt auch für die beiden aus Sicht der Bürger wichtigsten Themen, Gesundheitspolitik/Pflege (21:76 Prozent) sowie die Renten- und Sozialpolitik (31:67 Prozent). Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist die Kritik am größten (16:77 Prozent). In der Summe ist derzeit lediglich ein Viertel der Deutschen mit der Arbeit von Schwarz-Rot zufrieden (25 Prozent). Auch die Bewertung der Bundesregierung durch die Anhänger der sie tragenden Parteien ist nach wie vor mehrheitlich kritisch.

Die mäßige Bewertung der Regierungsleistung und die anhaltende Diskussion über die Asyl- und Flüchtlingspolitik wirken sich auch auf die politische Stimmung aus. Aktuell käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 29 Prozent (-1 Punkt im Vergleich zu Anfang Juli). Erstmals im ARD-DeutschlandTREND rutscht die Union unter die 30-Prozentmarke. Die SPD würde unverändert 18 Prozent erzielen. Zusammen erreichen beide Parteien nur noch 47 Prozent der Wählerstimmen und damit die geringste Unterstützung, die bisher für die Regierungsparteien im ARD-DeutschlandTREND gemessen wurde. Von der aktuellen Stimmung profitieren die AfD und die Grünen. Die AfD kann aktuell 17 Prozent der Stimmen auf sich vereinen – ein Plus von einem Punkt und Rekordwert im ARD-DeutschlandTREND. Die Grünen verbessern sich im selben Umfang und kämen aktuell auf 15 Prozent – ihr bester Wert seit Mai 2013. Während die Linke wie im Vormonat einen Wähleranteil von 9 Prozent erreichen würde, verliert die FDP einen Punkt und kommt derzeit auf 7 Prozent. Dies ist der niedrigste Wert für die Liberalen seit April 2017. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 5 Prozent erreichen. Wäre dies das Ergebnis eines Wahlgangs hätten Union und SPD keine Mehrheit im Bundestag.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Zwei Drittel sehen Rassismus als großes Problem in Deutschland

Nach dem Rückzug Mesut Özils aus der Fußball-Nationalmannschaft wird verstärkt über das Thema Rassismus in der deutschen Gesellschaft diskutiert. Nach Ansicht von knapp zwei Drittel (64 Prozent) der deutschen Bevölkerung ist Rassismus ein sehr großes (17 Prozent) oder großes Problem (47 Prozent) in der Bundesrepublik. Jeder Dritte sieht darin ein kleines (30 Prozent) oder gar kein Problem (5 Prozent).



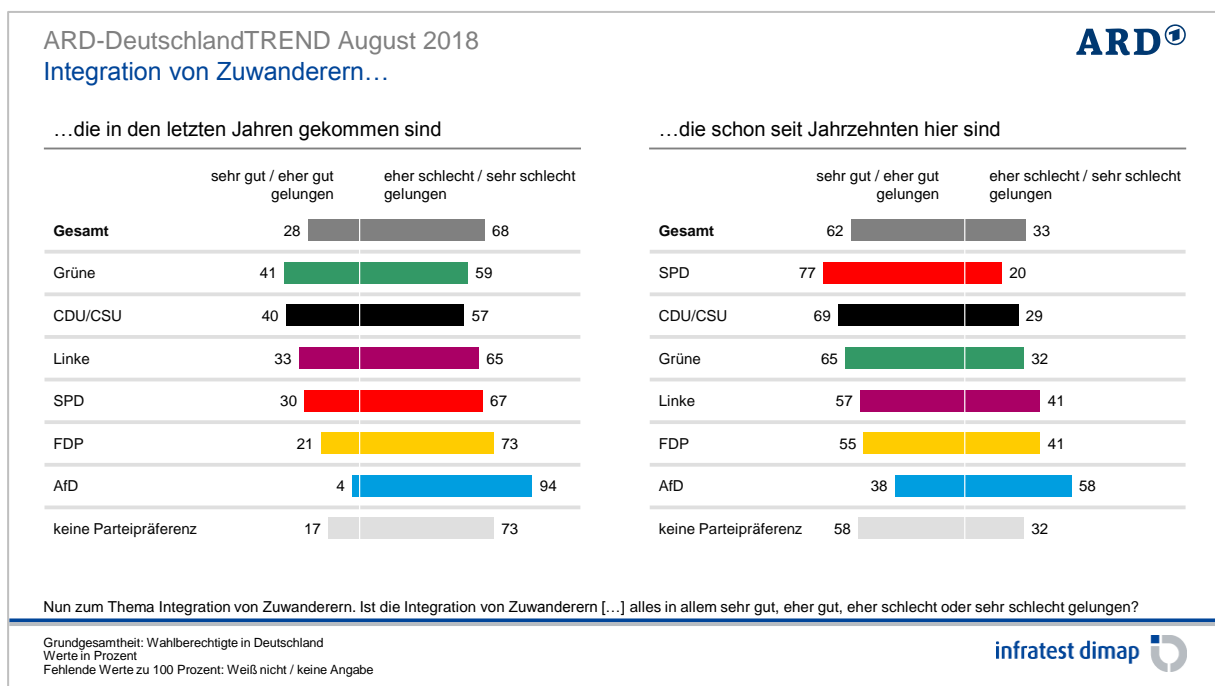
In allen Bevölkerungsgruppen und in den Anhängerschaften aller Parteien, mit Ausnahme der AfD, besteht mehrheitlich Konsens, dass Rassismus hierzulande ein großes Problem ist. In den östlichen Bundesländern (71 Prozent) benennen mehr Bürger das Problem als im Westen der Republik (62 Prozent).

Deutsche mit eigenem Migrationshintergrund machen nur wenig häufiger Rassismus als großes Problem aus (68 Prozent) als Bürger ohne Migrationshintergrund (63 Prozent).

Erfolgreiche Integration nur bei schon lange in Deutschland lebenden Zuwanderern

Die Debatte über Rassismus in Deutschland berührt auch die Frage, ob nach Deutschland zugewanderte Menschen gut in die Gesellschaft integriert sind. Mit Blick auf die Zuwanderer, die schon seit Jahrzehnten hier leben, fällt das Meinungsbild in der deutschen Bevölkerung mehrheitlich positiv aus. Mehr als sechs von zehn (62 Prozent) sind der Auffassung, dass die Integration dieser Migranten sehr gut bzw. gut gelungen ist. Ein Drittel (33 Prozent) ist gegenteiliger Meinung.

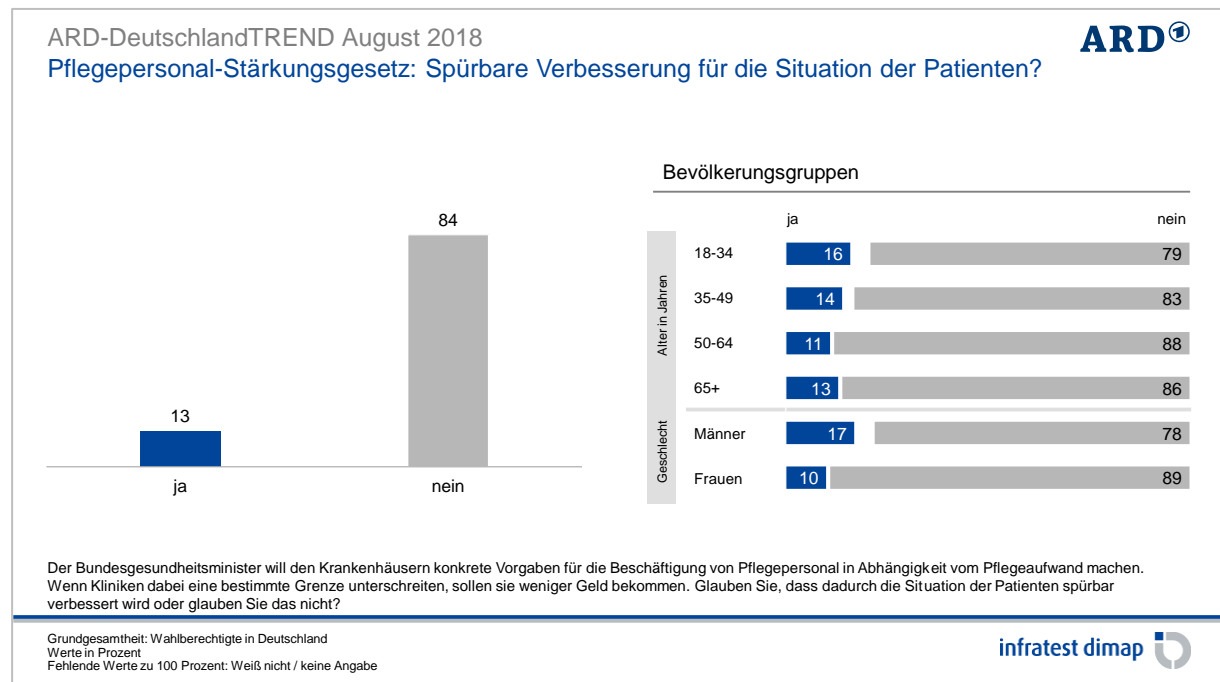
Anders die Einschätzung zu Migranten, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind: Sie sind nach Ansicht von lediglich 28 Prozent sehr gut oder eher gut integriert, während 68 Prozent eine eher bzw. sehr schlechte Eingliederung feststellen.



Die Einschätzungen derjenigen Deutschen, die selbst einen Migrationshintergrund aufweisen, fallen insgesamt ein wenig günstiger aus, als bei denen, die keine entsprechende Vorgeschichte haben: Bei Zuwanderern in den letzten Jahren diagnostizieren lediglich 34 Prozent der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund eine gelungene Integration. Bei Zuwanderern, die schon seit Jahrzehnten hier leben, sehen sie zu 68 Prozent die Integration als gelungen an.

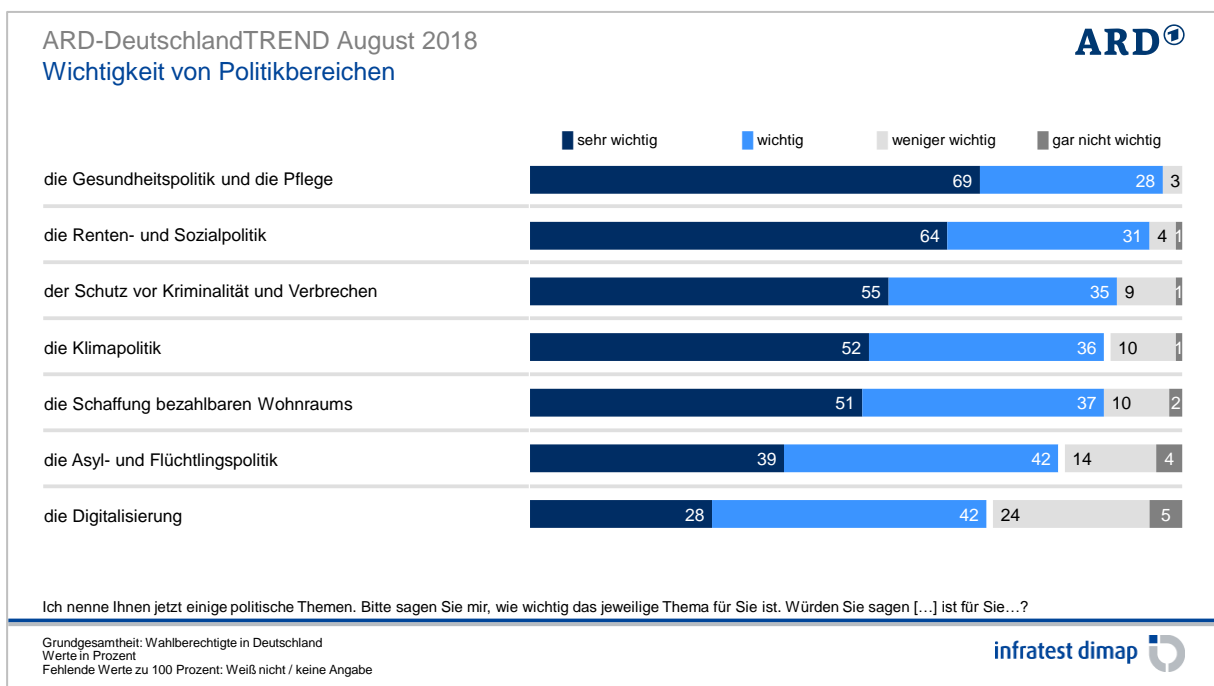
Große Zweifel an spürbaren Effekten des „Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes“

Das Bundeskabinett hat das von Gesundheitsminister Jens Spahn eingebrachte „Pflegepersonal-Stärkungsgesetz“ beschlossen. Mit diesem Gesetz will der Minister die Situation der Patienten verbessern, indem er den Krankenhäusern konkrete Vorgaben zum Verhältnis von Pflegeaufwand und Personalstärke macht. Wenn die Kliniken nicht genug Pflegekräfte beschäftigen, sollen sie weniger Vergütungen bekommen. Ob damit allerdings die Lage der Betroffenen spürbar verbessert werden kann, wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung (84 Prozent) bezweifelt. Lediglich 13 Prozent glauben an einen nachhaltigen Erfolg des Gesetzes.



Gesundheits- und Pflegepolitik ist das Top-Thema für die Deutschen

Die Debatte über die Asyl- und Flüchtlingspolitik in den letzten Wochen konnte zu dem Eindruck führen, es sei das zentrale Thema für die Deutschen. Der aktuelle ARD-DeutschlandTREND zeigt jedoch, dass andere Themen für die Bürgerinnen und Bürger deutlich wichtiger sind. Das sind vor allem die Gesundheitspolitik und die Pflege, die für 69 Prozent sehr wichtig sind. Die Renten- und Sozialpolitik stufen 64 Prozent als sehr wichtig ein. Für 55 Prozent hat die Innere Sicherheit eine sehr große Bedeutung, für 52 Prozent die Klimapolitik. Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums sind es 51 Prozent. Für 39 Prozent ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik sehr wichtig. Die Digitalisierung sehen lediglich 28 Prozent der Bürger als sehr wichtig für sich an.

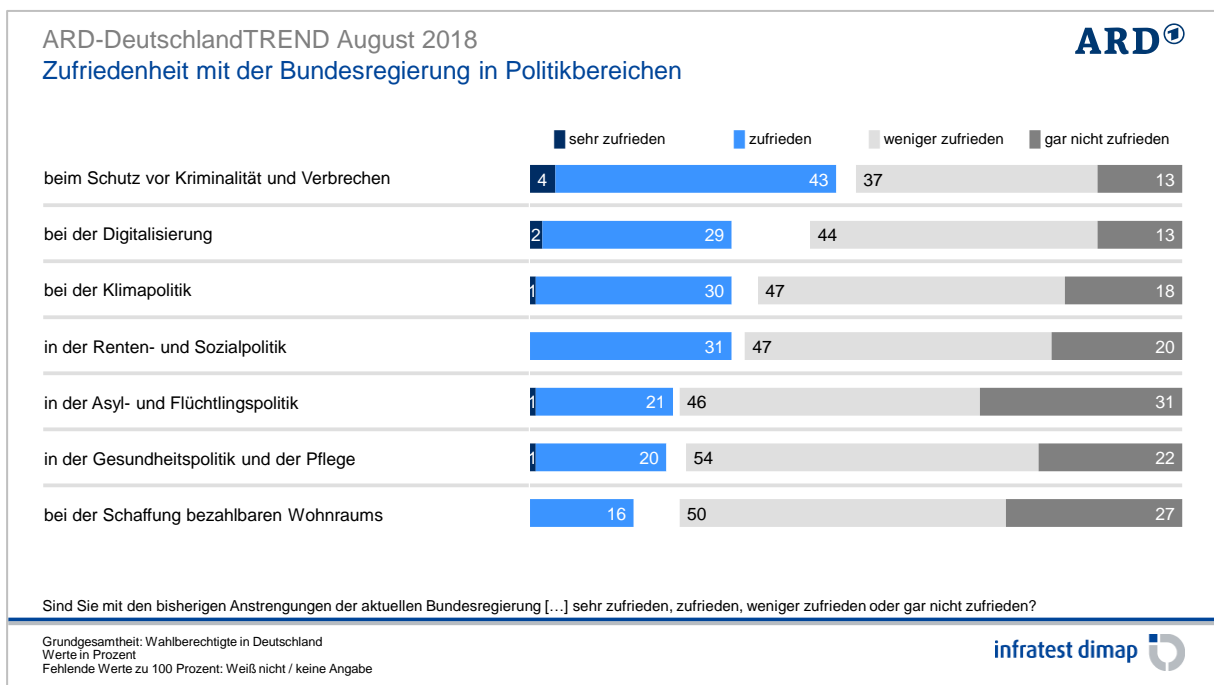


Das Thema Gesundheit und Pflege bewegt die Menschen ab 50 Jahren deutlich stärker (75 Prozent) als die jüngeren bis 34 Jahren (52 Prozent). Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist für Menschen in Städten mit über 100.000 Einwohnern bedeutsamer (60 Prozent) als in kleineren Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern (46 Prozent).

Harsche Kritik an der Leistung der Bundesregierung in vielen Politikfeldern

In keinem der Politikfelder vermag die Bundesregierung eine Mehrheit der Bevölkerung mit ihren bisherigen Anstrengungen zu überzeugen. Noch am besten wird die Arbeit des Berliner Kabinetts in Sachen Innere Sicherheit, auf Rang drei der Prioritätenliste, bewertet: Hier zeigen sich 47 Prozent der Bürger sehr zufrieden oder zufrieden, jeder Zweite (50 Prozent) ist jedoch auch hier unzufrieden.

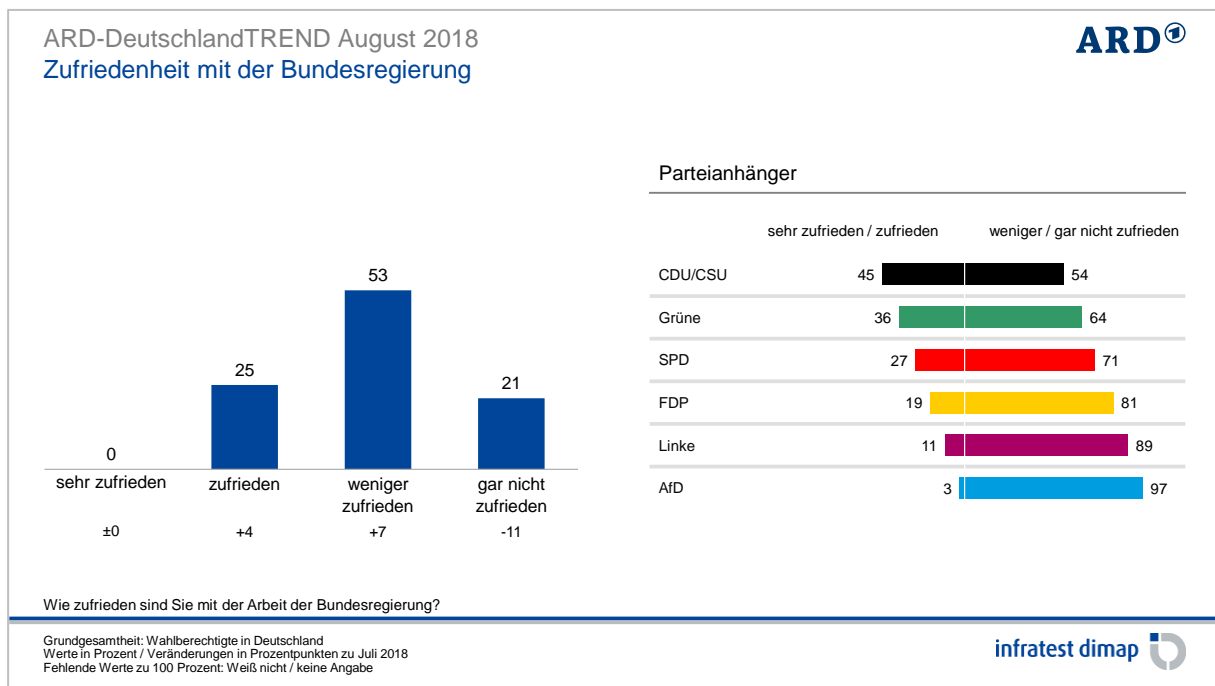
In allen anderen abgefragten Politikfeldern überwiegt die kritische Bewertung der Regierungsleistungen teils sehr deutlich. Dies gilt auch für die beiden aus Sicht der Bürger wichtigsten Themen, Gesundheitspolitik/Pflege sowie die Renten- und Sozialpolitik. Mit der Gesundheitspolitik sind lediglich 21 Prozent zufrieden, 76 Prozent unzufrieden. Bei der Rentenpolitik fällt das Urteil nur wenig besser aus (31:67 Prozent).



Auch bei der Digitalisierung (31:57 Prozent), der Klimapolitik (31:65 Prozent) und der Asyl- und Flüchtlingspolitik (22:77 Prozent) fällt das Urteil über die Arbeit der Bundesregierung überwiegend negativ aus. Bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist die Kritik am größten: Nur 16 Prozent sind zufrieden mit den Bemühungen der Bundesregierung in diesem Politikfeld, 77 Prozent sind unzufrieden.

Regierungszufriedenheit weiter im Tief

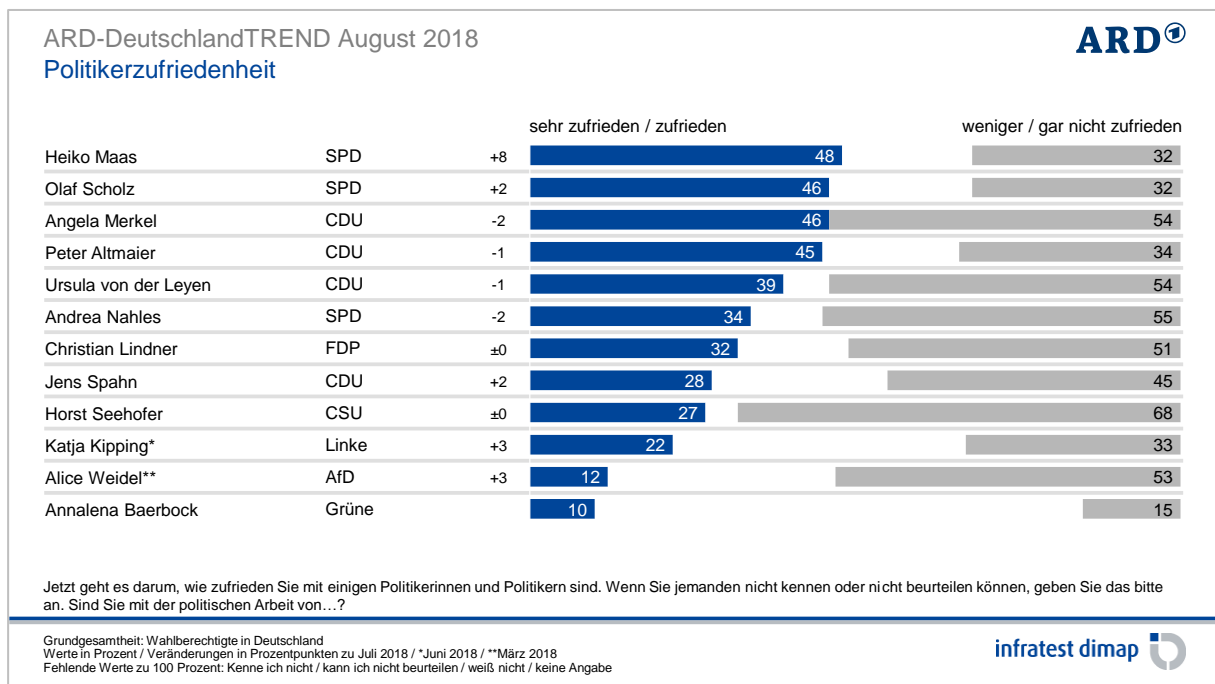
Im letzten Monat war die Bewertung der Bundesregierung nach dem Asylstreit der Unionsparteien auf ein 12-Jahrestief eingebrochen. Angesichts der aus Sicht der Bürger mageren Leistungsbilanz kann sich die Regierung Merkel im August nicht aus dem Stimmungstief herausarbeiten. Derzeit ist lediglich ein Viertel der Deutschen mit der Arbeit von Schwarz-Rot zufrieden (25 Prozent). Demgegenüber sind fast drei Viertel weniger (53 Prozent) oder gar nicht zufrieden (21 Prozent) mit dem Bundeskabinett.



Die Bewertung der Bundesregierung durch die Anhänger der sie tragenden Parteien ist nach wie vor mehrheitlich kritisch. Dies gilt sowohl für die Anhänger der Union (45:54 Prozent) – wenn auch nicht mehr so deutlich wie im Vormonat – als auch für die der Sozialdemokraten (27:71 Prozent). Das Urteil der SPD-Anhängerschaft fällt damit weniger wohlwollend aus als die Bewertung der Grünen-Anhängerschaft (36:64 Prozent).

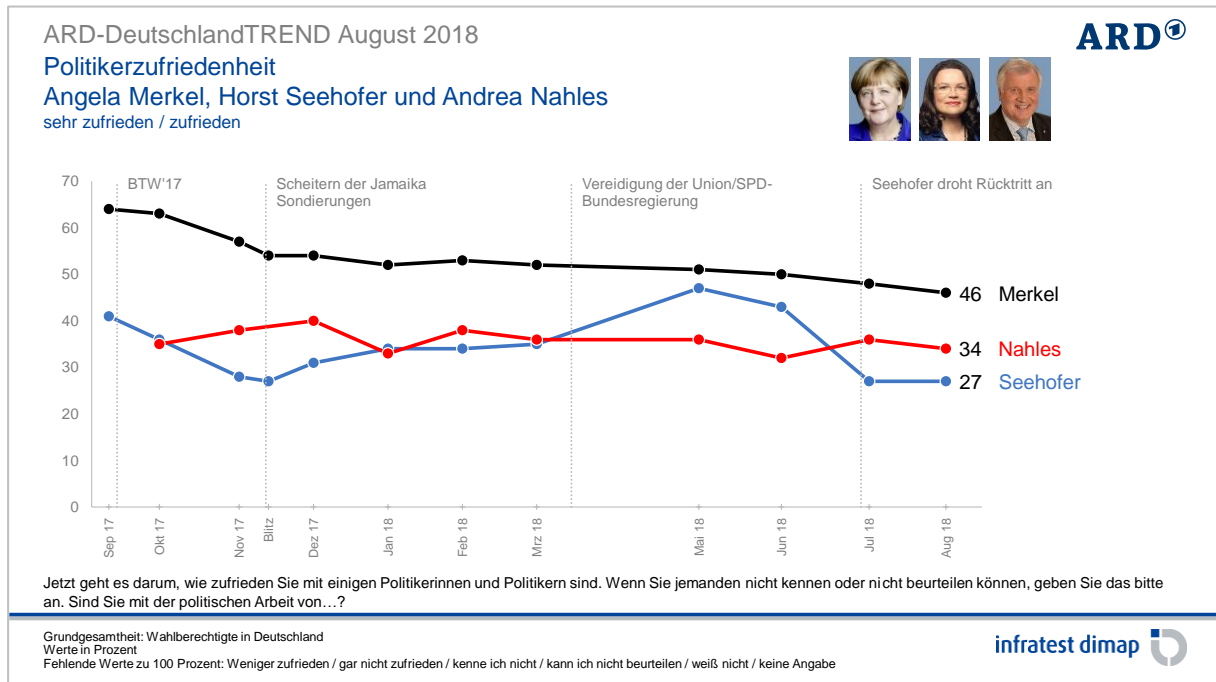
Politikerzufriedenheit: Maas an der Spitze, Merkel verliert leicht an Ansehen

Neuer Spitzenreiter der Politikerrangliste ist der sozialdemokratische Außenminister Heiko **Maas**, dessen Arbeit bei 48 Prozent der Bürger positive Resonanz findet – ein Plus von 8 Punkten im Vergleich zum Juli. Dies ist sein zweitbestener Wert im ARD-DeutschlandTREND. Auch Finanzminister Olaf **Scholz** verbessert sich: Mit dem Wirken des Sozialdemokraten sind 46 Prozent (+2) der Deutschen sehr zufrieden bzw. zufrieden. Auf dem dritten Platz folgt Kanzlerin Angela **Merkel**, die von ebenfalls 46 Prozent gute Noten bekommt, ein Minus von 2 Punkten. Dies ist ihr niedrigster Wert seit September 2016. Eine Mehrheit von 54 Prozent ist derzeit unzufrieden mit der Kanzlerin. Dicht hinter der Regierungschefin folgt CDU-Wirtschaftsminister Peter **Altmaier** mit 45 Prozent (-1). Seine Kabinettskollegin, CDU-Verteidigungsministerin Ursula **von der Leyen**, bleibt mit 39 Prozent (-1) nahezu unverändert im Mittelfeld. CDU-Gesundheitsminister Jens **Spahn** legt zwar auf 28 Prozent zu (+2), die kritischen Bewertungen überwiegen bei ihm, wie auch bei von der Leyen, allerdings deutlich. Nach dem unionsinternen Streit über die Asyl- und Flüchtlingspolitik war im Juli vor allem das Ansehen von Horst **Seehofer** beschädigt. Im aktuellen Monat äußern sich unverändert 27 Prozent mit seiner Arbeit zufrieden, der CSU-Vorsitzende verharnt damit in seinem Rekordtief. Zugleich muss er die meisten kritischen Stimmen der in diesem Monat abgefragten Politiker hinnehmen. Die Arbeit der SPD-Fraktionsvorsitzenden Andrea **Nahles** beurteilt 100 Tage nach der Übernahme des Parteivorsitzes lediglich ein Drittel der Bürger positiv (34 Prozent, -2).



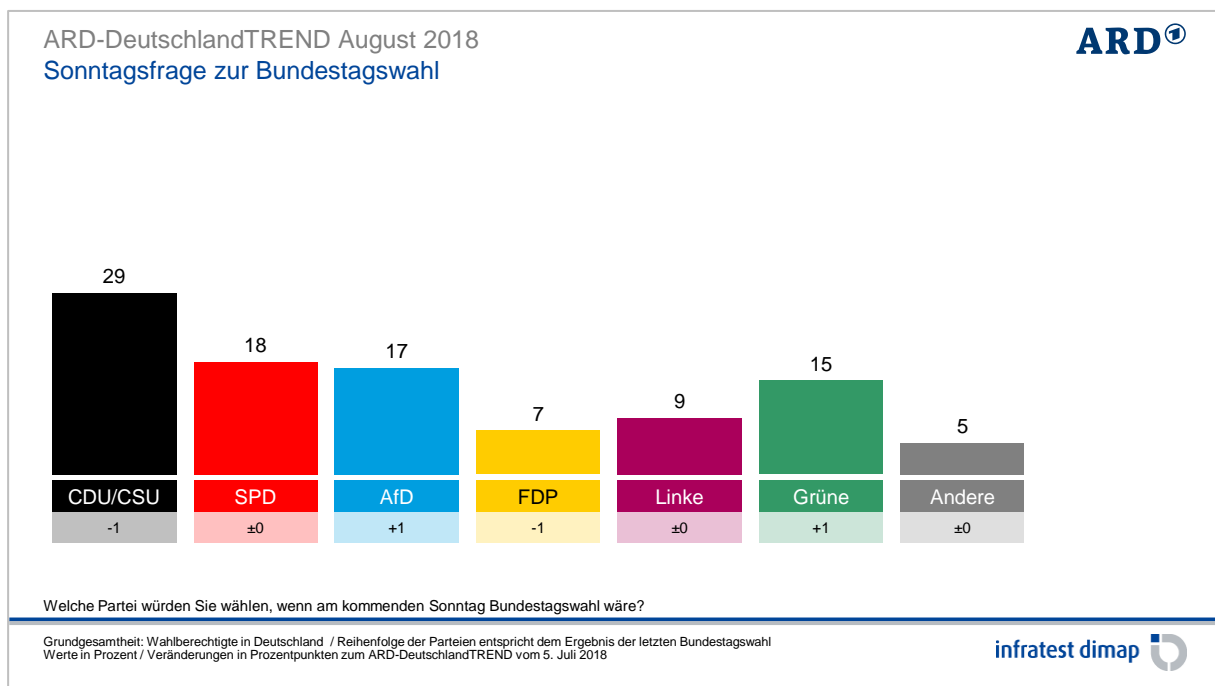
Die AfD-Politikerin Alice **Weidel**, Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion im Bundestag, findet von den in diesem Monat abgefragten Oppositionspolitikern den geringsten Rückhalt bei den Deutschen: Mit ihrem Wirken sind lediglich 12 Prozent (+3) einverstanden. Christian **Lindner**, Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP, findet deutlich mehr positive Resonanz: unverändert 32 Prozent der Wahlbevölkerung stellen ihm ein gutes Zeugnis aus. Allerdings überwiegt auch bei ihm die Unzufriedenheit.

Gleiches gilt für die Linken-Parteivorsitzende Katja **Kipping**, die von 22 Prozent (+3 Punkte) wohlwollend beurteilt wird. Mit der Grünen-Parteivorsitzenden Annalena **Baerbock** sind lediglich 10 Prozent der Bürger zufrieden. Allerdings können 73 Prozent mangels Bekanntheit über sie und ihre Arbeit kein Urteil abgeben.

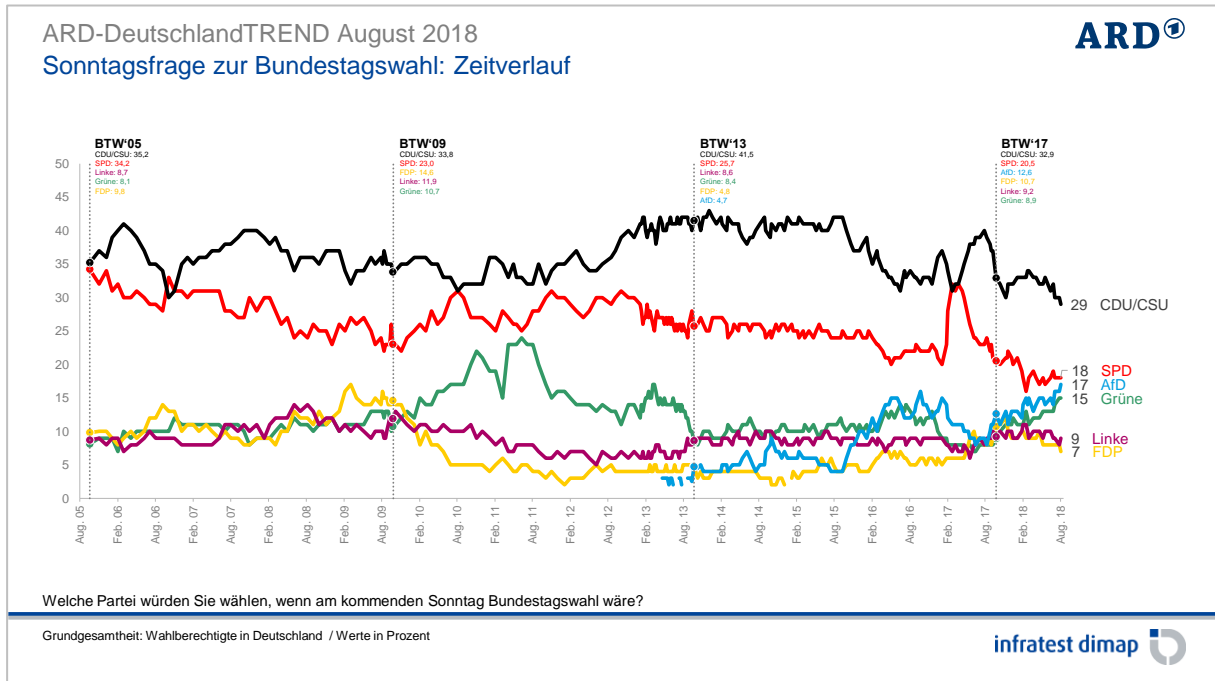


Sonntagsfrage: Rekordtief für Union, Rekordhoch für AfD

Die mäßige Bewertung der Regierungsleistung und die anhaltende Diskussion über die Asyl- und Flüchtlingspolitik wirken sich auch auf die politische Stimmung aus. Wenn bereits am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 29 Prozent, ein Minus von einem Punkt im Vergleich zu Anfang Juli. Erstmals im ARD-DeutschlandTREND rutscht die Union unter die 30-Prozentmarke. Die SPD würde unverändert 18 Prozent erzielen. Die beiden Parteien erreichen zusammen nur noch 47 Prozent der Wählerstimmen und damit die geringste Unterstützung, die bisher für die Regierungsparteien im ARD-DeutschlandTREND gemessen wurde. Von der aktuellen Stimmung profitieren die AfD und die Grünen. Die AfD kann aktuell 17 Prozent der Stimmen auf sich vereinen – ein Plus von einem Punkt und Rekordwert im ARD-DeutschlandTREND. Die Grünen verbessern sich im selben Umfang und kämen aktuell auf 15 Prozent – ihr bester Wert seit Mai 2013. Während die Linke wie im Vormonat einen Wähleranteil von 9 Prozent erreichen würde, verliert die FDP einen Punkt und kommt derzeit auf 7 Prozent. Dies ist der niedrigste Wert für die Liberalen seit April 2017. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 5 Prozent erreichen.



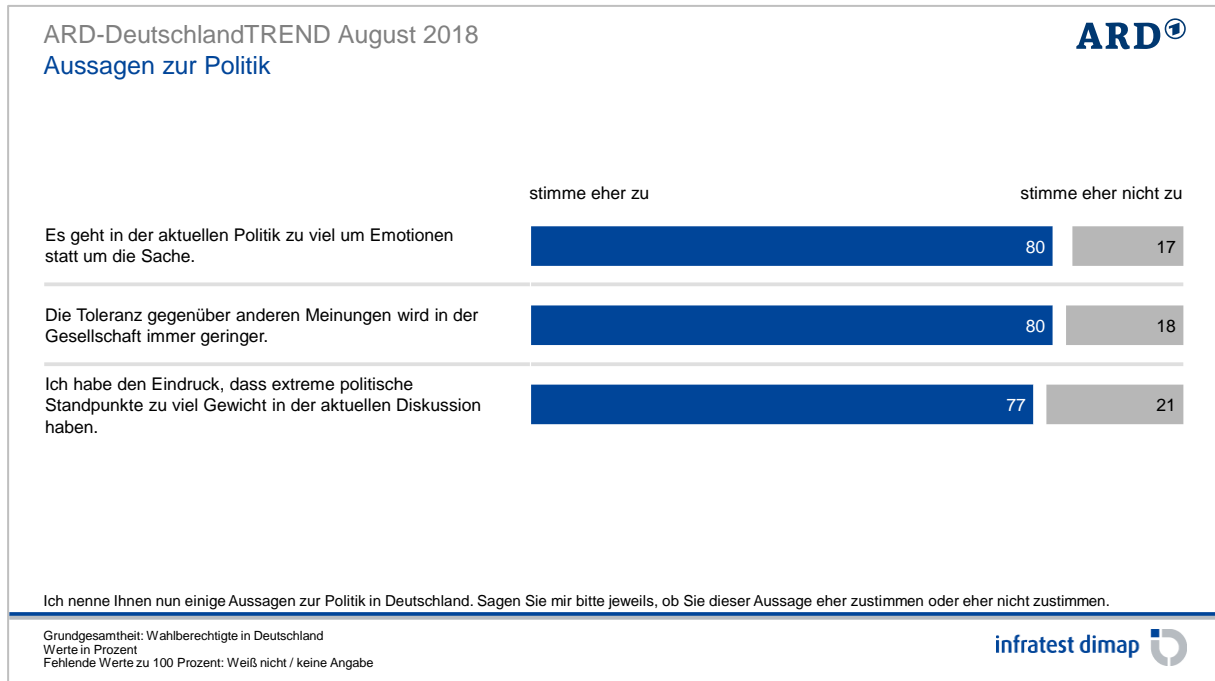
Wäre dies das Ergebnis eines Wahlgangs hätten Union und SPD keine Mehrheit im Bundestag.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Diskussionskultur in Deutschland: zu viele Emotionen und zu wenig Toleranz

Die Politik in Deutschland hinterlässt bei den Bundesbürgern einen eher unerfreulichen Eindruck. Vier Fünftel (80 Prozent) sind der Meinung, dass es in der aktuellen Politik zu viel um Emotionen und zu wenig um die Sache geht. Fast ebenso viele (77 Prozent) haben den Eindruck, dass extreme politische Standpunkte zu viel Gewicht in der politischen Diskussion einnehmen. Etwas genauso viele Bürger (80 Prozent) beklagen eine schwindende Toleranz gegenüber anderen Meinungen.



Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass die Schwachstellen der Diskussionskultur in Deutschland von allen gesellschaftlichen Gruppen und von den Anhängerschaften aller Parteien in weitgehend gleichem Maße beklagt werden.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert